Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 5 gespaltene 35 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 539. Halle, Mittwoch, den 17. November 1920. **Einzelpreis 30 Pfg.**

Tut Buße.

Der Bußtag soll ein Tag der Einkehr sein. Ein Tag des Nachdenkens darüber, wo und wann man, bewußt oder unbewußt, dem andern Unrecht getan hat. Es soll der Tag sein, an dem man den Balken im eigenen Auge von allen Seiten genau betrachtet und sich überlegt, ob der Splitter im Auge des Feindes oder des Nachbarn, über den man sich bisweilen erregte, demgegenüber nicht nur ein winziges Stäubchen ist, so winzig wie die Mücke gegenüber dem Elefanten. Der heutige Tag soll aber auch ein Tag der Buße sein, an welchem man sich selbst verspricht, das Unrecht, das man begangen, nicht fortzusetzen, sondern nach Möglichkeit wieder gutzumachen und an die Stelle von Haß und Mißgunst Liebe und Versöhnlichkeit zu setzen.

Das gilt nicht nur für den Einzelmenschen in seinen privaten Beziehungen, das gilt auch ganz besonders für das politische Leben, für das Verhältnis der Parteien zueinander innerhalb eines Volkes und für die Stellung der Völker der Erde, die aufeinander angewiesen sind und nicht die alleinige Aufgabe haben, sich gegenseitig ihre Macht zu zeigen und den Schwächeren auszurotten, um selbst für sich bessere Lebensmöglichkeiten zu gewinnen.

Die Religion betrachtet bei allen Völkern den Menschen als die Krone der Schöpfung, die Wissenschaft hat ihn als homo sapiens klassifiziert. Aber wenn man beobachtet hat, was die Bestie im Menschen während der Kriegsjahre sich geleistet hat, und wie sie auch heute noch versucht, den Menschen von der Höhe der Weisheit wieder hinabzudrücken auf das Niveau des Tieres, das sich in seinen Taten durch nichts anderes als durch seine Instinkte leiten läßt, dann kann es nur jeden, der noch an echtes Menschtum glaubt, weh ums Herz werden.

Ein Krieg, wie es der letzte war, von so langer Dauer, solcher Verbissenheit und so gewaltigem Aufwand menschlicher Gotteskraft und menschlichen Erfindergeistes, nur zum Zwecke der Vernichtung menschlichen Lebens, mußte naturnotwendig in fast allen Menschen das Unterste zu oberst kehren, mußte alle Grundlagen der Moral erschüttern. Unendlich viele Menschen, noch unreif in ihrem sittlichen Fundament, wurden von der Schulbank weg in den Krieg geführt, haben sich nur einstellen gelernt auf Ueberlistung des Feindes, auf den Mord und die Vernichtung, und haben es jahrelang nicht kennen gelernt, ihre Kräfte für aufbauende Arbeit einzusetzen. Sie waren im Felde meist willige Werkzeuge in der Hand ihrer Führer. Aber es gab doch auch viele unter ihnen, die die grauenvollen Bilder, die sie sahen, in den Rand des Wahnsinns und der Verzweiflung brachten. Als diese Jugend nach dem Zusammenbruch in die Heimat zurückkehrte, war sie herangereift, aber doch nicht reif für ein Leben, das sich auf den Grundlagen der Versöhnlichkeit aufbaut. Kampf war ihnen eine Lebensnotwendigkeit geworden. Draußen war es der Kampf gegen einen Feind, der das Deutschtum bedrohte. In der Heimat wurden sie von politischen Führern, da sie ja politisch inzwischen mündig geworden waren, wiederum in den Kampf getrieben. Der politische Burgfriede, der einige Kriegsjahre hindurch sich bewährt hatte, war in die Brüche gegangen. Nun glich auch die Heimat einem Kampfselde. Die eine Schicht schob der anderen die Schuld am Zusammenbruche zu und tut es noch heute. Die Sozialisten verfluchen den Kapitalismus als Ursache des Elends. Die Militaristen und staatsmännischen Führer des alten Deutschland zetern über den Dolchstoß in dem Rücken des Heeres, den die pflichtvergessene Heimat geführt haben soll. Und diese beiden Extremen finden keine Brücke zueinander, weil breite Kreise des Volkes unter den Nachwehen der Kriegspsychose noch immer nicht zur klaren Selbsterkenntnis gekommen sind. Wäre das der Fall, so hätte man längst wissen müssen, das wir zusammengebrochen sind, weil wir Unmögliches gewollt haben. Alle Teile des Volkes haben bis zum äußersten ihre Pflicht getan in einer Weise, die einzig dasteht in der Geschichte. Die Front sowohl als auch die Heimat, dafür sind die bündigsten Beweise da in den Heldentaten an den Fronten, wie in dem Hungern und Darben der Heimat, in den Kriegsanleihe-Erfolgen und anderen Dingen mehr. Wenn Fehler gemacht worden sind, so von denen, die die Geschicke des Volkes in der Hand hatten und die Wahrheit nicht sehen wollten, weil sie den Mut zur Wahrheit nicht hatten. Sie sind es in erster Linie, denen man heute zurufen möchte: Tut Buße und laßt ab von den Versuchen, das Volk glauben zu machen, daß es uns möglich gewesen wäre, unsere Gegner, die immer neuen Zuzug aus dem unerschöpflichen Menschenmaterial der Erde und aus den Munitionsfabriken aller Welt erhielten, niederzuzwingen.

Ob wir im Recht und die anderen im Unrecht waren, darum handelt es sich bei dem unglücklichen Ausgang des Krieges nicht mehr. Wir mußten uns davon überzeugen, daß mit Machtmitteln das Recht nicht erzwungen werden kann. Trotzdem wir im Rechte waren, sind wir unterlegen. Das ist eine reale, wenn auch furchtbare Tatsache. Der Weg zum Recht geht nicht durch einen Sumpf von Blut und Leichen. Das Recht bahnt sich seinen eigenen Weg. Das sollten auch endlich alle diejenigen einsehen, die noch immer des Glaubens sind, das Macht sich selbst ihr Recht schaffe. Recht wird immer Recht bleiben und läßt sich auf die Dauer auch durch Gewalt, Lüge und Terror nicht unterdrücken.

Bei uns in Deutschland aber wird von politischen Führern noch immer dem Machtprinzip gehuldigt, wird noch immer mit Lüge und Verleumdung gearbeitet, herrscht noch immer der Zerstörungswille, statt des Willens zur Tat am Aufbau. Das ist es letzten Endes, was uns die Verbitterung im Lande schafft. Das ist es, was uns aus der inneren Zerrissenheit nicht herauskommen läßt. Die Selbsterkenntnis der eigenen Schuld und der Wille, auch Andersdenkenden Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, haben sich noch nicht in unserem Volke so durchsetzen können, als es die Not der Zeit erfordert. Wir sehen immer noch zu deutlich den Splitter in des andern Auge und erkennen den Balken nicht im eigenen.

Der Bußtag ist so recht der Tag, darüber einmal tiefer nachzudenken. Besonders die, die Führer sein wollen in der Politik wie im Wirtschaftsleben, sollten heute einmal Einkehr halten und darüber nachdenken, ob das, was sie wollen und sagen, wirklich auf den richtigen Weg führt. Wer gerecht handelt sein will, muß auch dem andern Gerechtigkeit widerfahren lassen, und darf nicht das Recht durch die Gewalt erdrücken wollen. ⊙

Heim und die Monarchie.

Escherichs Verdienst.

Der Artikel, in dem Dr. Heim zu den Berichten Herbettes im „Temps" Stellung nimmt, enthält neben einer Polemik, bei der der französische Berichterstatter nur äußerlich den Zielpunkt der Pfeile des bayerischen Abgeordneten bildet, eine Reihe von außerordentlich bemerkenswerten Aeußerungen, die bereits im Sonntagblatt kurz angedeutet worden sind.

Heim erklärt auf das bestimmteste, daß er eine Wiederaufrichtung der Monarchie in den nächsten Jahren für ein Unglück halten würde; denn Deutschland sei noch nicht am tiefsten Punkte angelangt. Jedes Zufrüh wäre verhängnisvoll. Weiter stellt Heim fest, es sei haarsträubender Blödsinn, wenn man ihm unterstelle, die Wittelsbacher anstelle der Habsburger zu setzen. Er schreibt in seiner erfrischend deutlichen Manier:

„Die Karlistenpartei in Deutsch-Oesterreich, ein kleines Fähnlein von Offizieren und zum Teil hochfeudaler Herren, flüstert in den Teekonventikeln geheimnisvolle Warnungen vor dem gefährlichen Dr. Heim, der nichts anderes verfolge, als dem Hause Habsburg für alle Zeit den Weg zu verlegen durch eine Monarchie mit den Wittelsbachern an der Spitze einschließlich Deutsch-Oesterreich. Ich selbst habe von diesem Plan das erstemal gehört aus einem Bericht, den ich von Wien erhielt. Es ist aber immer so: Schwache Köpfe denken sich jeden Menschen mit einem Eselskopf."

Mit dem Kronprinzen Rupprecht habe er keinerlei Verbindung. Er habe im Herbst 1918 einer Persönlichkeit, die eine Besprechung zwischen ihm und Kronprinz Rupprecht herbeiführen wollte, erklärt, in den nächsten Jahren dürfe keinerlei Verbindung irgendwelcher Art bestehen. Diesem Grundsatz sei er treu geblieben. Zum Schluß behandelt Heim die Vorgänge, die sich im Anschluß an den Kapp-Putsch in Bayern abspielten. Seine Darstellung zeigt, warum sich die Hoffnungen der Berliner Lüttwitz-Leute auf eine Parallelaktion in München nicht erfüllten. Offenbar war es Heim, der einen Strich durch die Rechnung machte. Er schreibt:

„Ich bin in jenen kritischen Tagen des 15. und 16. März nach München gerufen worden. Andere Leute hätten mich schon gern am 14. März in München gehabt. Ich bin aber gewohnt, bei Verantwortungen, die ich auf mich nehme, nur meinem Kopf zu folgen. Der Einladung vom 14. März, die von anderer Seite kam, konnte ich nicht Folge leisten aus meiner inneren Ueberzeugung heraus. Ich will keine Politik unterstützen, die letzten Endes meinen Idealen zuwiderläuft. Ich will nicht einer Tagespolitik folgen, deren Endentwicklung ich nicht will. Am 15. März standen in München die Dinge auf des Messers Schneide. Ich ging nach München mit der ausgesprochenen Absicht, nach links nicht herauszufordern und mit rechts nicht zu putschen, sondern in der Mitte zu bleiben und der Entwicklung dadurch die Bahn frei zu machen, die wir heute Gott sei Dank in Bayern haben. Ebenso abhold jeder Reaktion wie jeder phantastischen, alles zerstörenden Linksentwicklung habe ich diesen Weg eingeschlagen. Wäre dortmals von irgendeiner Seite, von einem Manne mit irgendwelchem Einfluß ein Feuer angeblasen worden, so hätten, wenn auch nicht auf die Dauer, so doch vorübergehend Wirrnisse unabsehbarer Art entstehen können. Und nun komme ich auf Escherich. Er war am 13. März in Würzburg. Er kam erst in der Nacht auf den 14. zurück. Meine Partei hatte mich wegen der Regierungsbildung gerufen. Mein erstes war, daß ich Escherich zu mir bat. Er kam zu mir in den bayerischen Landtag. Mit zwei Sätzen entwickelte ich Escherich mein Programm, wie ich es eben oben dargestellt habe. Ohne Zögern und Zaudern bot er mir die Hand und sagte: „Wir sind in der Auffassung vollständig einig." Und Escherich teilt mit mir und anderen das Verdienst — und der größte Teil entfällt auf ihn —, daß dortmals in München alles in Ruhe verlief und daß die Tage vom 15. und 16. März für Bayern der Ausgangspunkt wurden für eine gesunde, politische Entwicklung und allmähliche Wiedererrichtung der Ordnung. Ohne Ordnung keine Demokratie, Ordnung und Demokratie sind siamesische Zwillinge, man kann sie nicht trennen, ohne beide zu töten."

Heims Stellung zur monarchistischen Frage läuft darauf hinaus, daß sie in den nächsten Jahren ausgeschaltet werden sollte. Das ist ein Standpunkt, dem auch die Andersdenkenden zustimmen können. Nach erfolgter Konsolidierung wird der Kampf um die Staatsform weniger gefährlich sein, vielleicht auch die große Mehrheit der Bevölkerung ziemlich unberührt lassen.

Die Stellung Preußens zur Thüringer Frage.

DA. Berlin, 16. November. Auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Wittmaack, Hauschildt und Genossen hat die preußische Regierung in der heutigen Sitzung der Landesversammlung die folgende Antwort erteilt: „Der preußischen Staatsregierung sind von thüringischer Seite seit der Bildung des Landes Groß-Thüringen Wünsche auf Angliederung preußischer Kreise an Thüringen nicht mehr unterbreitet worden. Sollten derartige Bestrebungen erneut hervortreten, so würde die Staatsregierung, entsprechend dem Beschluß der Landesversammlung vom 4. Februar 1920 und den unzweideutig geäußerten Willen der Bevölkerung aller Parteirichtungen in den in Frage kommenden Kreisen, diesen Bestrebungen nach wie vor ablehnend gegenübertreten. Sie würde nie die Hand dazu bieten, daß gegen den Willen der beteiligten preußischen Staatsbürger eine Neuordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse eingeleitet würde. Die preußische Staatsregierung vermag weder, noch beabsichtigt die unmittelbar auf die weitere politische Gestaltung Thüringens eine Einwirkung zu nehmen. Sie hat die Bildung des Landes Groß-Thüringen begrüßt und dementsprechend dem Reichsgesetz, betr. das Land Thüringen vom 30. April 1920 im Reichsrat ihre Zustimmung gegeben. Sie hat sich auch gegenüber Wünschen nach einem Anschluß an Preußen, die von einzelnen Teilen Thüringens vor der Bildung Groß-Thüringens an sie gelangten, zurückhaltend verhalten, um die Bildung des Landes Groß-Thüringens nicht zu erschweren. Sollte etwa im Laufe der weiteren Entwicklung von thüringischer Seite der Wunsch einer wirtschaftlichen oder politischen Annäherung an Preußen hervortreten, so würde die preußische Staatsregierung ihrerseits der Erfüllung solcher von breiten Bevölkerungsschichten getragenen Wünsche keine Hindernisse in den Weg legen."

Der deutsche Gesandte in Bern über Deutschlands Zulassung zum Völkerbunde.

Der deutsche Gesandte in Bern, Dr. Adolf Müller, gewährte dem „Journal de Genève" eine Unterredung, in der er sich über Deutschlands Stellungnahme hinsichtlich des Beitritts zum Völkerbunde aussließ. Der Gesandte führte aus: „Deutschland wird von der Völkerbunds-Vollversammlung, die soeben in Genf eröffnet wird, seine Aufnahme in den Bund nicht verlangen. Eine darauf abzielende Bitte, in gegenwärtigen Augenblick vorgebracht, würde lebhafte Erörterungen im Schoße der Versammlung entfesseln, und wir wissen wohl, daß gewisse Staaten zu verstehen gegeben haben, daß sie sich einer unmittelbaren Zulassung Deutschlands widersetzen würden. Ich weiß nicht, ob diese Staaten hinreichende Unterstützung finden würden, um ihren Standpunkt zum Siege zu verhelfen. Wie dem auch sein möge, eine Erörterung dieser Art könnte nicht ohne Gefahr für den Bestand des Völkerbundes selber sein. Im übrigen ist die deutsche Regierung der Ansicht, daß der Völkerbund in seiner gegenwärtigen Form keineswegs vollkommen ist. Wie könnte er es auch sein, da er, um nur diese beiden Staaten zu nennen, weder Rußland noch Amerika zu seinen Mitgliedern zählt und gerade die Universalität seine Existenzbedingung ist? Was ich sagte, bedeutet aber nicht, daß Deutschland auf seiner Zurückhaltung beharren würde, im Falle eine Delegation die Frage seiner Zulassung aufwirft und diese von der Vollversammlung genehmigt wird. Deutschland würde eine auf Grund solcher Entscheidung eingehende Einladung natürlich nicht ablehnen."

Der Kongreß der ehemaligen Kriegsgefangenen.

Die „Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener" hielt in den Tagen vom 13. bis 14. November in Hannover ihren vierten Bundestag ab, der aus allen Teilen des Reiches außerordentlich zahlreich besucht war. Nachdem die Sonnabendverhandlungen der Erledigung interner Angelegenheiten gewidmet gewesen waren, fanden Sonntag vormittag im Festsaal des alten Rathauses die öffentlichen Verhandlungen statt, zu deren Beginn der Leiter der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene, Regierungskommissar Schlesinger-Berlin auf eine diesbezügliche Anfrage über die Frage der Heimbeförderung der südirischen Kriegsgefangenen berichtete. In knapp 6 Monaten sei eine Bewegung von 180 000 Mann hin und zurück durchgeführt worden. 80 000 Mann seien über die Ostsee, 5 537 Mann über den fernen Osten abtransportiert worden. Für den Abtransport seien 1 200 Millionen Mark, für den Empfang wirtschaftlicher Beihilfen 400 Millionen Mark verausgabt worden. Der Abtransport eines Mannes über Wladiwostok belaufe sich auf 50 000 Mark. In der anschließenden Aussprache wurden heftige Angriffe und Vorwürfe gegen die Regierung laut. Die Frage des Rücktransportes würde, sei es nun aus Rußland oder aus Frankreich (Avignon) nicht energisch genug betrieben. Der Regierungsvertreter erklärte demgegenüber, daß für den Rücktransport Geld genügend vorhanden sei. Wegen Geldmangel brauche kein deutscher Kriegsgefangener auch nur noch einen Tag länger in Rußland zu bleiben. Eine längere Aussprache nahm die Forderung nach Nachzahlung der Löhnung in Anspruch. Der Regierungsvertreter erklärte hierzu, daß die Regierung niemals den Standpunkt einer unterschiedlosen Nachzahlung der Löhnung beitreten würde. Der Vertretertag wählte sodann eine Kommission, die eine Entschließung ausarbeitete, die vom Vertretertag einstimmig gebilligt wurde. Die Entschließung, die folgenden Wortlaut hat, wurde sodann dem Regierungsvertreter zur Stellungnahme vorgelegt: „Der vierte Vertretertag der „Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener" faßt in der Löhnungsfrage folgenden Beschluß: Die „Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener" hält ihren seit Beginn ihres Bestehens vertretenen Anspruch auf Nachzahlung der Gebührnisse als moralisch berechtigt aufrecht. Sie erkennt jedoch an, daß bei der jetzigen Notlage der Reichsfinanzen auf uneingeschränkte Durchführung dieses Anspruches verzichtet werden muß. Des-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201117010/fragment/page=0001

halb erklärt sie sich damit einverstanden, daß die Nachzahlung der Löhnung nach sozialen Gesichtspunkten vorgenommen wird. Sie beauftragt die Bundesleitung, sofort mit der Regierung in Verhandlungen nach folgenden Grundsätzen einzutreten: Die Nachzahlung der Löhne hat an alle wirtschaftlich Schwachen zu erfolgen, und zwar nach den Richtlinien, die im August ds. Js. von 23 Landeshilfsausschüssen und mehr als 1000 Hilfsausschüssen festgelegt sind. Die Stichtage sollen aus sozialen Gründen gestrichen werden." Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde u. a. die Frage der Arbeitsbeschaffung und der produktiven Erwerbslosenfürsorge eingehend erörtert, sowie das Problem der Siedlungsfrage.

Neue Angriffe Gardiners.

Gardiner nimmt erneut Stellung zu Poincarés Antwort auf seinen offenen Brief, den wir veröffentlicht haben.

Auch diesmal wieder richtet Gardiner heftige Angriffe gegen die französische Politik und zeichnet ein Bild ihrer verheerenden Wirkungen auf Europa. Die französische Politik, ursprünglich durch England unterstützt, habe sei dem Kriege Europa beherrscht. Sie sei von einem militärischen und reaktionären Geiste beseelt. Ihr Ziel sei nicht der Wiederaufbau Europas, sondern dessen Beherrschung durch Militärbündnisse. Die früheren Feinde würden waffenlos und in ständiger wirtschaftlicher Knechtschaft gehalten. Die Schildwachen gäben die Freunde ab, die in ihren Rüstungsbestrebungen ständig verstärkt würden.

Inzwischen aber habe die Tatsache der Verzögerungen der Wiedergutmachungssumme verheerende Folgen, nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa. Die Wechselkurse würden dadurch wilden Schwankungen unterworfen, die das Wiederaufleben eines normalen Handelsverkehrs unmöglich machen. „Warum wurde nicht längst die Wiedergutmachungssumme festgesetzt?" so fragt Gardiner und gibt sich selbst die Antwort auf diese Frage, indem er erklärt, daß die französischen und englischen Staatsleute nicht gewagt hätten, ihren Völkern die Wahrheit zu sagen. Man habe diesen Völkern falsche Vorspiegelungen über enorme Bereicherung durch eine völlige Aussaugung Deutschlands gemacht. Englands und Frankreichs Staatsleute hätten Hoffnungen erweckt, von denen sie wußten, daß sie nie erfüllt werden konnten. Es habe keinen Zweck, so erklärt Gardiner, wenn jetzt der Versuch gemacht würde, unter allen Umständen die Aufdeckung der Wahrheit hinauszuhalten. Inzwischen aber sänke das erschöpfte Europa immer tiefer und tiefer in Armut und Bankerott.

Gardiner schildert die Wirkungen dieser Politik auf das englische Wirtschaftsleben. Das Symbol der französischen Politik sei Marschall Foch. Gardiner spricht von dieser Politik als von den Träumen eines Irrsinnigen die Europa in ein Irrenhaus verwandelt hätten.

Die Flucht aus der Krim.

WTB. **London,** 16. Nov. Die „Times" melden aus Konstantinopel, daß dort 7 Schiffe mit 13 000 Flüchtlingen aus der Krim eingetroffen sind. Inzwischen warten noch 80 000 Flüchtlinge auf ihre Abbeförderung von der Krim. Wrangel leistet persönlich die Räumung von Sebastopol. Er beabsichtigt, sich erst im letzten Augenblick einzuschiffen.

WTB. **Amsterdam,** 16. November. Wie der „Telegraaf" aus London meldet, wird dort von amtlicher Seite in Abrede gestellt, daß die Blockade gegen Sowjet-Rußland im Schwarzen Meer wieder aufgenommen sei. Reuter erfährt von der Admiralität, daß die britische Schwarzmeer-Flotte Befehl hat, strikte Neutralität zu wahren und nur den gewöhnlichen Polizeidienst zu verrichten.

WTB. **Konstantinopel, 16. Nov. (Drahtnachricht.) Die Bolschewisten haben Sewastopol genommen.**

Preußische Landesversammlung.

176. Sitzung. Dienstag, 16. November, 1 Uhr nachm.

In Beantwortung kleiner Anfragen teilt die Regierung u. a. mit, daß für die nächste Zeit eine Aenderung des Feuerbestattungsgesetzes noch nicht in Aussicht genommen sei, ferner, daß es nicht in ihrem Sinne liege, preußische Gebiete an Thüringen abzutreten, wohl aber würde sie etwaigen Wünschen auf wirtschaftliche oder politische Annäherung Thüringens an Preußen nach Möglichkeit entsprechen.

Ohne Erörterung endgültig angenommen wird die Vorlage zur Durchführung des Staatsvertrages über die Uebertragung der preußischen Staatsbahnen auf das Reich und der Entwurf, betreffend die Dienststrafgewalt über die in den Reichsdienst nicht übernommenen preußischen Zollbeamten.

In der folgenden zweiten Beratung des Gesetzentwurfs zur Beseitigung der Konfliktserhebung bei gerichtlicher Verfolgung von Beamten und Soldaten wegen Amts- und Diensthandlungen bei entsprechenden Klagen gegen den Staat hält Dr. Seelmann (Dn.) die seitens seiner Partei schon in der ersten Lesung geäußerten schweren Bedenken gegen das Gesetz aufrecht. Warum wolle man den bescheidenen Schutz beseitigen, den die Beamten bisher bei der Ausübung von Amtshandlungen genießen.

Abg. **Göbel** (Ztr.): Auch wir sind gegen die Beseitigung der Konfliktserhebung, weil die Beamten dadurch gegen andere Staatsbürger benachteiligt werden. Es wird schon jetzt über schlappes Vorgehen gegen Schieber und Wucher geklagt, beseitigen Sie die Konfliktserhebung, dann werden die Beamten noch vorsichtiger werden.

Abg. **Dr. Berndt** (Dem.): Wir nehmen die Vorlage an. In dem jetzigen Zustand liegt ein unberechtigtes Mißtrauen gegen den Richter. Die Konfliktserhebung führt nur dazu, Beamte dem ordentlichen Richter zu entziehen.

Abg. **Freumuth** (Soz.) bezeichnet den bisherigen Zustand als nicht mehr zeitgemäß. Die Vorlage wird gegen die Stimmen des Zentrums und der Rechten angenommen und sogleich verabschiedet.

In der fortgesetzten

zweiten Haushaltsberatung

bemerkt zum Kapitel Justizverwaltung

Abg. **Schulte** (Ztr.), daß die gesteigerte Kriminalität auch erhöhte Geldstrafen mit sich bringen müßte. Die wirtschaftliche Notlage der Referendare kann dazu führen, daß nur noch Söhne aus wohlhabenden Häusern zum Rechtsstudium übergehen. Der Dispositionsfonds für notleidende Referendare muß wesentlich erhöht werden, auch für die Assessoren muß etwas geschehen. Jetzt macht sich gradezu eine Flucht der Assessoren aus der Justiz bemerkbar.

Justizminister **Dr. Am Zehnhoff** (auf der Tribüne schwer verständlich): Die wirtschaftliche Notlage der Referendare wird von mir voll anerkannt. Nicht nur die Söhne reicher Eltern, sondern die Kinder aller Klassen sollten sich der Rechtspflege widmen können. Darum werden wir uns bemühen, die Notlage der Referendare möglichst zu lindern. Wir haben für diesen Zweck einen Dispositionsfonds von 600 000 Mark. Der Reichsfinanzminister hat sich mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage gegen die Schaffung neuer Stellen ausgesprochen. Dem Wunsche auf Erhöhung der Geldstrafen soll entsprochen werden. Eine Herabsetzung der Prozeßgebühren wird kaum möglich sein.

Abg. **Heilmann** (Soz.): Das Vertrauen zur Rechtsprechung ist im Volke geschwunden. In der Verfolgung der Kriegsverbrecher und Kappverbrecher hat sie vollkommen versagt, um so erbarmungsloser geht sie gegen Arbeiter vor. Im Hamburg wurde gegen einen Sozialdemokraten öffentlich Anklage erhoben, weil er von einem Pfarrer behauptet hatte, er predigte so langweilig, daß die Zuhörer einschliefen. Wilhelm II. setzte in dem Prozeß gegen den Schauspieler Ferdinand Bonn das Recht am eigenen Bilde durch, aber Ebert und Noske müssen sich das Photographiertwerden gefallen lassen. Geschworene und Schöffen sollten aus freier Volkswahl hervorgehen. So lange das nicht geschieht, werden die Arbeiter an eine unparteiische Auswahl nicht glauben. Auch die Justizverwaltung muß noch mit republikanisch-demokratischem Geist erfüllt werden. Unser Antrag auf Zulassung der Frauen zum Richterberuf ist von der Deutschen Volkspartei im Plenum des Hauses empfohlen, in der Kommission aber bekämpft worden.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Dienstag, den 23. November, 2 Uhr nachmittags vertagt.

Schluß 5¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Die Tagung der süddeutschen Demokraten, die Ende voriger Woche in Heidelberg stattfand, war von Parlamentariern stark besucht. Der badische Kultusminister Hummel sprach an Stelle des durch Krankheit verhinderten Abg. Dietrich (Karlsruhe) über Kanalisierung und Elektrizitätsfragen. Die Gemeinschaft der Interessen aller süddeutschen Staaten am Ausbau der süddeutschen Kanäle wurde von allen Rednern betont. In einer Entschließung wurde der Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals, des Rhein-Neckar-Donau-Kanals und des Oberrhein-Kanals, die Kanalisierung der Ober-Donau von Regensburg bis Ulm und der Bau des Donau-Bodensee-Kanals sowie der Ausbau der nach schlummernden Wasserkräfte gefordert. Nach einem Referat des Abg. Vielhauer sprach man sich über die landwirtschaftlichen Fragen aus. In einer Entschließung wurde eine bewußte Reichspolitik gefordert, die die landwirtschaftliche Produktion steigert und verschiedene Anregungen auf dem Gebiete der Düngemittelversorgung, des Seuchenschutzes, des Siedelungswesens, des Genossenschaftswesens usw. gab. Der badische Kultusminister Hummel beleuchtete in einer gedankenreichen Rede die Stellung der Länder gegenüber den Kultur- und Schulbestrebungen des Reiches. Man war sich darüber einig, daß das Reich seine Gesetzgebung in dieser Hinsicht mit Rücksicht auf die Vielseitigkeit der Bedürfnisse der einzelnen Länder auf das Notwendigste und auf rein Grundsätzliches beschränken müsse. In einer öffentlichen Versammlung faßte Reichstagsabgeordneter Haußmann das Ergebnis der Tagung dahin zusammen, daß die Süddeutschen sehr viel Spielraum im Rahmen der Reichspolitik bedürfen und beanspruchen. Der herrschende Gedanke müsse aber sein: „Der Süddeutsche steht zum Reich". Der bayrische Fraktionsführer Abg. Dirr setzte der von Frankreich beabsichtigten Balkanisierung Mitteleuropas den großdeutschen Gedanken entgegen.

Auslands-Rundschau.

Abbruch des irischen Hungerstreiks. Neun Häftlinge des Gefängnisses in Cork verharren seit 94 Tagen im Hungerstreik. Der interimistische „Präsident der irischen Republik", Arthur Griffith, richtete aus diesem Grunde ein Schreiben an den neuen Lord Mayor von Cork, auf die Gefangenen dahin einzuwirken, ihren Hungerstreik nunmehr aufzugeben, da sie ihren heroischen Willen für die Sache Irlands zu sterben, genügend kundgegeben hätten. Auf die Uebermittlung dieses Schreibens an die neun Hungerstreiker haben diese den Beschluß gefaßt, ihrem freiwilligen Fasten ein Ende zu machen. Mit ihrer Ernährung ist in vorsichtiger Dosierung bereits der Anfang gemacht worden, obwohl sämtliche Gefangene in äußerst geschwächten körperlichem Zustande sich befinden, hofft man doch, sie am Leben erhalten zu können.

Die griechische Regierung hat demissioniert. Der Regent hat Hallys zu sich berufen.

Die letzten Wahlergebnisse verzeichnen als gewählt 118 Venizelisten und 250 Anhänger der Königspartei. Die Niederlage von Venizelos ist vollständig. Venizelos, sowie alle seine Minister, mit Ausnahme von zwei, sind unterlegen. Weder in Mazedonien, noch in Alt-Griechenland, mit Ausnahme des Epirus, wurde ein Venizelist gewählt.

Provinzial-Nachrichten.

Der Prozeß gegen die Urheber des Köthener Kommunistenputsches.

Das hallische Kohlenauto. — Vernehmung des Stadtrats Osterburg.

Dessau, 16. November

Vor dem Außerordentlichen Gericht des Reichswehrgruppenkommando I, Berlin — Vorsitzender Landgerichtsdirektor Dr. Schmidt-Plante, Berlin — begann gestern die Verhandlung gegen den Urheber des Cöthener Kommunistenputsches, den Arbeiter Karl Boas aus Cöthen, sowie gegen weitere 12 Angeklagte; die des Verstoßes gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai, betr. den Zusammenschluß von Personen zu Verbänden militärischer Art bzw. der Teilnahme daraus angeklagt sind. Die Namen der Angeklagten sind: Arbeiter Karl Boas, Cöthen, Bahnarbeiter Richard Conrad, Cöthen, Arbeiter Rudolf Schönemann, Cöthen, Arbeiter Friedrich Krause, Cöthen, Arbeiter Karl Kretschmar, Schönebeck, Bauarbeiter Walter Schmidt, Halle, Schlosser Otto Schneidewind, Halle, Tischler Gustav Zschauer, Halle, Zuschneider Rudolf Gewert, Halle, Arbeiter Rudolf Weile, Halle, Arbeiter Paul Grimm, Halle, Arbeitersekretär Richard Lemke, Halle und Steindrucker Gustav Borrmann, Halle.

Die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Dehnow, Berlin. Verteidiger sind die Rechtsanwälte Müller, Halle und Plenz, Dessau.

Der Hauptangeklagte Boas schildert den Cöthener Putsch als Abwehraktion gegen einen angeblich drohenden Rechtsputsch. Die Nachricht, daß ein „zweiter Kapp-Putsch" bevorstehe, sei besonders von dem Bezirkssekretär der Kommunistischen Arbeiterpartei Mehnert, Magdeburg, in Cöthen verbreitet worden. Eine militärische Organisation habe in Cöthen nicht bestanden. Am 19. August habe er von Magdeburg ein Telegramm erhalten, das höchste Bereitschaft befohlen habe. Es lautete: „Komme heute abend, bitte abholen, Otto." Von diesem Telegramm habe er den Cöthener Parteigenossen Mitteilung gemacht, die sich am Abend am Fasanenbusch versammelten. Am gleichen Abend kam auch Berg, der zusammen mit Boas einige Tage vorher nach Magdeburg gefahren war, mit wichtigen Nachrichten zurück. Daraufhin wurde losgeschlagen. Doch bestritt Boas, als Führer tätig gewesen zu sein. Die Masse selbst habe zum Handeln gedrängt.

Der Angeklagte Conrad war Schriftführer der K. A. P. D. in Cöthen, stellt das Cöthener Unternehmen ebenfalls als Abwehrmaßnahme gegen den drohenden „zweiten Kapp-Putsch" hin.

Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft.

Von

Geh. Regierungsrat Prof. Dr. F. Haber.

In diesem Frühjahr sind die fünf deutschen Akademien, die Universitäten und Technischen Hochschulen übereingekommen, eine Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft unter der Leitung des inaktiven preußischen Staatsministers Dr. F. Schmidt-Ott zu begründen. Am 30. Oktober sind diese wissenschaftlichen Körperschaften mit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, dem Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine und der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Aerzte in der preußischen Staatsbibliothek in Berlin zu einer Sitzung zusammengetreten, in der die Satzung der Notgemeinschaft beschlossen und ihre Organe gewählt worden sind.

Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, die die Rechtsform des E. V. angenommen hat, will die ihr von öffentlicher und privater Seite zufließenden Mittel in der dem Gesamtinteresse der deutschen Forschung förderlichsten Weise verwenden und durch die in ihrem Kreise vertretene Fachkunde und Erfahrung zur Erhaltung der lebensnotwendigen Grundlagen der deutschen Wissenschaft wirken. Ihre Fürsorge ist hiernach nicht auf die Mitglieder beschränkt, wie andererseits die Zugehörigkeit als Mitglied keinerlei Vorzugsrechte gewährt.

Der Vorgang, der sich hier in der bescheidenen Form einer Vereinsgründung äußerlich darstellt, ist in der Geschichte der deutschen Wissenschaftspflege ohne Beispiel. In der Hut und Fürsorge der Landesregierungen nebeneinander emporgediehen, auf jedem einzelnen Wissenschaftsgebiete in engem Zusammenhange miteinander, aber in den wirtschaftlichen Fragen bisher fast ohne alle Verbindung, empfinden die Pflegestätten der Wissenschaft im ganzen Reiche jetzt zum ersten Male die Notwendigkeit, sich zu einem arbeitsfähigen Selbstverwaltungskörper zusammenzuschließen, der für den Fortbestand der wissenschaftlichen Forschung Sorge tragen soll.

Die Lage, die zu solchem Schritte gedrängt hat, ist bekannt. Die Gedanken, die der neuen Organisation zugrunde liegen, werden das allgemeine Interesse erwarten dürfen.

Die Erkenntnis des unermeßlichen Schadens, der droht, hat die Bereitwilligkeit des Reichsfinanzministers geweckt, trotz der fürchterlichen Wirtschaftslage zu helfen; der Reichsrat hat sich einmütig seinem Vorschlage angeschlossen, erstmalig in den laufenden Etat 20 Millionen Mark einzusetzen; die Zustimmung des Reichstages wird erhofft. Die Summe von 20 Millionen Mark ist gegenüber dem Bedürfnis sehr klein, sie macht etwa 3 Prozent aus von dem, was die Länder derzeit laufend verausgaben, um den Lehrbetrieb der Hochschulen fortzuführen. Sie wird vom Reich nicht den Hochschulstaaten, sondern mit deren vollem Beifall dem neuen wissenschaftlichen Selbstverwaltungskörper übergeben, dem die Einsicht und Kraft zugetraut wird, sie mit einem besonders hohen Wirkungsgrade zu verwenden.

Es scheint, daß das Vorgehen des Reiches die Bereitwilligkeit zu ähnlicher Hilfeleistung bei den Freunden des Deutschtums im Ausland weckt. Würde, Ansehen und Erfolg sind im Auslande durch einen disziplinlosen Bettel einzelner wissenschaftlicher Stellen in den letzten 1½ Jahren gleichzeitig zu Schaden gekommen. Die Zusammenfassung aller Bestrebungen in der Notgemeinschaft aber läßt jetzt im Auslande die Ueberzeugung wieder wach werden, daß dem deutschen Wissenschaftsbetriebe wegen der Unentbehrlichkeit Deutschlands in der Kulturgemeinschaft der Völker und in ihrem Wirtschaftszusammenhange in würdiger Weise geholfen werden muß.

Die werbende Kraft, die in dem neuen Selbstverwaltungskörper gelegen ist, das Zutrauen des Reiches und das Wohlwollen der Bundesstaaten wirken weiter auf die Wirtschaftskreise unseres eigenen Landes. Als ihre Vertretung hat der Reichswirtschaftsrat die Sammlung von Mitteln für die Notgemeinschaft in erheblichem Ausmaß sich vorgesetzt.

Wie aber wird die deutsche Wissenschaft innerhalb dieses Selbstverwaltungskörpers den Ausgleich zwischen dem immer stärker hervortretenden Bedürfnis und dem Zufluß an Mitteln finden, der auch bei größter Gebewilligkeit sicherlich unzulänglich bleibt? Die Notgemeinschaft antwortet auf diese Frage mit einem Statut, das für ihren inneren Aufbau zwei Gesichtspunkte voranstellt. Auf der einen Seite wird die gesamte Breite des Wissenschaftslebens gegliedert in vorerst 20 Fachkreise, deren Angehörige je durch einen Fachausschuß bei der Notgemeinschaft mit ihren Bedürfnissen zur Sprache kommen. Diese Fachausschüsse sollen so gebildet werden, daß die Gesamtheit der in der Forschung tätigen Männer des Fachkreises in dem Fachausschuß ihre berufene Vertretung erblickt. Stellung, Jahre und wissenschaftliches Ansehen, das der eine vor dem anderen voraus hat, dürfen nicht dazu führen, daß eine einzelne Gruppe von Männern für die Zusammensetzung des Fachausschusses allein bestimmend wird. Solche Fachausschüsse lassen sich nicht aus dem Boden stampfen, die Organisation der Notgemeinschaft aber muß sofort in Kraft treten. Deshalb sieht das Statut vor, daß die Fachausschüsse für das erste Jahr ernannt werden und daß im Laufe dieses Jahres das zweckmäßigste Wahlverfahren geprüft und vorbereitet wird. In diesen Fachausschüssen wird eine große moralische Kraft liegen. Sie sind berufen, die Sparsamkeit und Einschränkung im eigenen Hause zur Geltung zu bringen und zugleich die unentbehrlichen Forderungen mit dem Nachdrucke des ganzen Faches zu vertreten. Die Verwaltungsmacht und die Verantwortlichkeit aber kann innerhalb der Notgemeinschaft nicht bei den Fachausschüssen als bei Gebilden ruhen, die sich erst gestalten und in ihre Aufgabe hineinfinden müssen. Ihr Träger können nur die alten wissenschaftlichen Körperschaften sein, die zur Begründung der Notgemeinschaft zusammengetreten sind, ihre Mitglieder darstellen und zur Führung der Geschäfte ein Präsidium und einen Hauptausschuß bestellt haben. Das Präsidium, bestehend aus dem vom einmütigen Vertrauen an die Spitze gestellten inaktiven preußischen Staatsminister Dr. F. Schmidt-Ott, aus dem Geheimrat v. Dyck (München) als seinem ersten und dem Verfasser dieser Zeilen als dem zweiten Stellvertreter, schließt sich in den Vorsitzenden, den sich der Hauptausschuß in der allverehrten Person des Geheimrats v. Harnack gewählt hat. Der gewählte Hauptausschuß besteht aus 11 führenden Gelehrten und einer gleichen Anzahl von Stellvertretern: Exzellenz Prof. Dr. D. v. Harnack, Berlin, Geh. Reg.-Rat. Prof. Dr. Hergesell, Lindenberg, Geh. Oberregierungsrat Prof. Dr. Paul Kehr, Berlin, Geh. Rat Prof. Dr. v. Kries, Frei-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201117010/fragment/page=0002